

02.11.2018

bvvp Presseerklärung

Für den Erhalt des Erstzugangs zur Psychotherapie: bvvp wendet sich in offenem Brief an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gegen einen diskriminierenden Passus im Gesetzgebungsverfahren zum TSVG (Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung)

Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten bvvp, mit bundesweit über 5000 niedergelassenen Psychotherapeuten, hat in einem offenen Brief gegenüber Bundesgesundheitsminister Jens Spahn seine Besorgnis über den geplanten Zusatz zum § 92 Absatz 6a SGB V im TSVG ausgedrückt. Der Passus, der in letzter Minute in den Kabinettsentwurf eingeführt wurde und eine völlig neue Art „gestufte Steuerung“ der Behandlung von hilfeschuchenden psychisch kranken Menschen vorsehe, wird als schädlich erachtet. Eine derartige Selektion, bevor eine Behandlung in Anspruch genommen werden könne, hebele den freien Zugang zum ärztlichen oder Psychologischen Psychotherapeuten aus, kritisierte der Verband. Er forderte den Minister daher auf, dafür Sorge zu tragen, dass der vorgesehene Zusatz ersatzlos gestrichen wird.

In 7 Punkten legte der bvvp seine Argumente dafür dar:

1. Das Gesetzesvorhaben diskriminiere eine ganze Patientengruppe einschließlich deren Behandler. Den PatientInnen werde aufgebürdet, oftmals enorme, schambesetzte seelische Belastungen gegenüber Behandlern darzustellen, die sie nicht selbst nach Vertrauensgesichtspunkten gewählt hätten.
2. Psychisch Kranken werde ein Hürdenlauf zugemutet, der sie unnötig belaste und anderen Patientengruppen gegenüber diskriminiere.
3. Die geplante, vorgeschaltete Instanz werde in vielen Fällen kaum die Schwere des Störungshintergrundes (Missbrauch, Misshandlungen, Demütigungen, tiefe Selbstzweifel, Schuldgefühle etc.) erfassen können, da Menschen innerhalb des ersten Kontaktes kaum ausreichend umfassend von solchen Dingen erzählten.
4. In der Studie der Techniker Krankenkasse „Qualitätsmonitoring in der ambulanten Psychotherapie“ wurde nachgewiesen, dass Psychotherapeuten korrekte Behandlungsindikationen stellten.
5. Unabhängige Versorgungsstudien belegten, dass in Deutschland meist mit gutem Erfolg und zur hohen Zufriedenheit der Patienten behandelt

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr
Psychologischer Psychotherapeut

1. STELLV. VORSITZENDE

Angelika Haun, Fachärztin für
Psychosomatische Medizin und
Psychotherapie

2. STELLV. VORSITZENDER

Martin Klett, Kinder- und
Jugendlichenpsychotherapeut

Dr. Michael Brandt
Ariadne Sartorius
Tilo Silwedel
Dr. Elisabeth Störmann-Gaede

Norbert Bowe
Ulrike Böker,
Rainer Cebulla
Dr. Frank Roland Deister
Jürgen Doeberl
Dr. Roland Hartmann
Yvo Kühn
Eva-Maria Schweitzer-Köhn

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

werde und die Behandelten nachweislich zuvor erheblich psychisch belastet gewesen seien.

6. Die Auswirkungen der Strukturreform der psychotherapeutischen Versorgung, die im April 2017 erst in Kraft trat, müssten zunächst erfasst und evaluiert werden, bevor über neue Eingriffe entschieden werden könne.

7. Das geplante Vorgehen binde völlig unnötig weitere Behandlungsressourcen, die dann wiederum der eigentlichen psychotherapeutischen Behandlung entzogen würden.

Die beabsichtigte Neuregelung kann nach Auffassung des bvvp nur als der ungerechtfertigte Versuch einer Rationierung von Behandlungsleistungen aufgefasst werden. Der integrative Berufsverband, der sich als Sprecher aller an der vertragsärztlichen Versorgung beteiligten Psychotherapeuten versteht, wendet sich daher entschieden gegen den „bisher folgenschwersten Eingriff in die Versorgungsstruktur psychisch kranker Menschen“.

Alternative Modelle der Kooperation und Koordination zwischen den verschiedenen Behandlergruppen existierten bereits, deren Evaluation müsse zunächst abgewartet werden.

In allen Fachgruppen der mit der Behandlung psychisch Kranker Befassten sei die Bereitschaft vorhanden, weitere Verbesserungen zu entwickeln. Der bvvp, vertreten durch den 1. Vorsitzenden, Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr, betonte in dem offenen Brief gegenüber dem Minister: „Der Bundesvorstand des bvvp ist gerne bereit, mit Ihnen ins Gespräch zu treten über Lösungsvorschläge zur Versorgungsverbesserung, um Ihr Anliegen einer bestmöglichen Versorgung psychisch kranker Menschen zu unterstützen.“

Für den bvvp

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr
1. Vorsitzender
Berlin, 02.11.2018

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Frau Anja Manz - Öffentlichkeitsarbeit
Württembergische Straße 31,
10707 Berlin
Tel. +49 30 88 72 59 54
Mobil +49 177 65 75 445
presse@bvvp.de